OÖ. LANDESVERWALTUNGSGERICHT

4021 Linz / Volksgartenstraße 14
Telefon: +43 732 7075-18004
Fax: +43 732 7075-218018
E-Mail: post@lvwg-ooe.gv.at / www.lvwg-ooe.gv.at

Geschäftszeichen:
LVwG-351022/7/BZ

Datum:
Linz, 23. August 2021

Das Landesverwaltungsgericht Oberösterreich fasst durch seine Richterin Mag. Zauner über den Antrag des K M, S V , R, D (nunmehr: M, N, D) auf Gewährung von Verfahrenshilfe zur Durchführung des Beschwerdeverfahrens gegen den Bescheid der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich vom 6. Mai 2021, GZ: BS/BSSD-WSCH/SER, betreffend Gewährung von kostenlosem Rechtschutz den

B E S C H L U S S

I. Dem Antrag auf Gewährung von Verfahrenshilfe wird insofern stattgegeben, als dem Antragsteller für die Durchführung des Beschwerdeverfahrens gegen den Bescheid der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich vom 6. Mai 2021, GZ: BS/BSSD-WSCH/SER, Verfahrenshilfe in Form der einstweiligen Befreiung von den Stempelgebühren und anderen bundesgesetzlich geregelten staatlichen Gebühren und allfällig anfallenden Reisekosten (Anreise zur mündlichen Verhandlung) gewährt wird.

Im Übrigen wird der Antrag auf Gewährung von Verfahrenshilfe für die Erhebung einer Beschwerde, die Stellung eines Vorlageantrages, die Stellung eines Antrages auf Wiederaufnahme des Verfahrens/einen Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, zur Vertretung im gesamten verwaltungsgerichtlichen Verfahren, zur Vertretung bei der Verhandlung sowie in Form der Befreiung von den Kosten von Amtshandlungen außerhalb des Gerichts, den Gebühren der Zeugen, Sachverständigen, Dolmetscher und Übersetzer, den notwendigen Barauslangen des der Partei beigegebenen Rechtsanwalts und den Kosten für die Vertretung durch einen Rechtsanwalt abgewiesen.

II. Gegen diese Entscheidung ist eine Revision unzulässig.

E n t s c h e i d u n g s g r ü n d e

I.1. Mit Bescheid der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich vom 6. Mai 2021 wurde der Antrag des Antragstellers auf Gewährung von kostenlosem Rechtschutz für die Betreibung von Forderungen gegen Herrn F E gemäß §§ 7 und 14 AKG, §§ 1 bis 4 des Rechtsschutzregulatives der Arbeiterkammer Oberösterreich abgewiesen.

I.2. Gegen diesen Bescheid brachte der Antragsteller Beschwerde, datiert mit 21. Mai 2021, ein. Gleichzeitig beantragte der Antragsteller Verfahrenshilfe für das Verfahren vor dem Landesverwaltungsgericht.

I.3. Mit Schreiben vom 21. Juni 2021 legte die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich diese Beschwerde samt dem Verfahrenshilfeantrag unter Anschluss des bezughabenden Verwaltungsaktes dem Landesverwaltungsgericht Oberösterreich zur Entscheidungsfindung vor.

II.1. Aufgrund eines Verbesserungsauftrages des Landesverwaltungsgerichtes Oberösterreich konkretisierte der Antragsteller seinen Antrag auf Gewährung von Verfahrenshilfe dahingehend, dass er Verfahrenshilfe benötige um eine Beschwerde zu erheben, um einen Vorlageantrag zu stellen, um einen Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens/einen Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu stellen, zur Vertretung im gesamten verwaltungsgerichtlichen Verfahren, zur Vertretung bei der Verhandlung und beantragte die einstweilige Befreiung von den Stempelgebühren und anderen bundesgesetzlich geregelten staatlichen Gebühren, den Kosten von Amtshandlungen außerhalb des Gerichts, den Gebühren der Zeugen, Sachverständigen, Dolmetscher und Übersetzer, den notwenigen Barauslagen des der Partei beigegebenen Rechtsanwalts, den Reisekosten (auf Anreise zur mündlichen Verhandlung) und den Kosten für die Vertretung durch einen Rechtsanwalt. Gleichzeitig legte der Antragsteller ein Vermögensbekenntnis samt Beilagen vor.

II.2. Das Landesverwaltungsgericht Oberösterreich legt seiner Entscheidung folgenden relevanten Sachverhalt zugrunde:

Der Antragsteller spricht die deutsche Sprache ausreichend. Er befindet sich derzeit im Krankenstand und bezahlt ab 1. August 2021 monatlich 730 Euro Miete. Der Kontostand am Konto des Antragstellers beträgt 817,25 Euro (Stand am 22.07.2021). Der Antragsteller hat kein Vermögen und nach eigenen Angaben kein Einkommen. Der Antragsteller hat keine Unterhaltsansprüche und auch keine Sorgepflichten. Ob der Antragsteller Schulden hat ist nach den Angaben des Antragstellers derzeit noch ungeklärt.

II.3. Der relevante Sachverhalt ergibt sich aus dem Antrag sowie aus dem Vermögensbekenntnis, das der Antragsteller nachgereicht hat.

III. In rechtlicher Hinsicht ist Folgendes festzustellen:

III.1. Die maßgebliche Bestimmung des Verwaltungsgerichtsverfahrensgesetzes (VwGVG) lautet wie folgt:

„§ 8a
Verfahrenshilfe

(1) Soweit durch Bundes- oder Landesgesetz nicht anderes bestimmt ist, ist einer Partei Verfahrenshilfe zu bewilligen, soweit dies auf Grund des Art. 6 Abs. 1 der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, BGBl. Nr. 210/1958, oder des Art. 47 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, ABl. Nr. C 83 vom 30.03.2010 S. 389, geboten ist, die Partei außerstande ist, die Kosten der Führung des Verfahrens ohne Beeinträchtigung des notwendigen Unterhalts zu bestreiten, und die beabsichtigte Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung nicht als offenbar mutwillig oder aussichtslos erscheint. Juristischen Personen ist Verfahrenshilfe sinngemäß mit der Maßgabe zu bewilligen, dass an die Stelle des Bestreitens der Kosten der Führung des Verfahrens ohne Beeinträchtigung des notwendigen Unterhalts das Aufbringen der zur Führung des Verfahrens erforderlichen Mittel durch die Partei oder die an der Führung des Verfahrens wirtschaftlich Beteiligten tritt.

(2) Soweit in diesem Paragraphen nicht anderes bestimmt ist, sind die Voraussetzungen und die Wirkungen der Bewilligung der Verfahrenshilfe nach den Vorschriften der Zivilprozessordnung – ZPO, RGBl. Nr. 113/1895, zu beurteilen. Die Bewilligung der Verfahrenshilfe schließt das Recht ein, dass der Partei ohne weiteres Begehren zur Abfassung und Einbringung der Beschwerde, des Vorlageantrags, des Antrags auf Wiederaufnahme des Verfahrens oder des Antrags auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand oder zur Vertretung bei der Verhandlung ein Rechtsanwalt beigegeben wird.“

III.2. Vom Antragsteller wurde die Gewährung der Verfahrenshilfe für die Erhebung einer Beschwerde, die Stellung eines Vorlageantrages, die Stellung eines Antrages auf Wiederaufnahme des Verfahrens bzw. eines Antrags auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, zur Vertretung im verwaltungsgerichtlichen Verfahren und zur Vertretung bei der Verhandlung sowie in Form der Befreiung von den Stempelgebühren und anderen bundesgesetzlich geregelten staatlichen Gebühren, den Kosten von Amtshandlungen außerhalb des Gerichts, den Gebühren der Zeugen, Sachverständigen, Dolmetscher und Übersetzer, den notwenigen Barauslagen des der Partei beigegeben Rechtsanwalts und den Kosten für die Vertretung durch einen Rechtsanwalt beantragt.

III.3. Um Verfahrenshilfe bewilligen zu können, ist die Erfüllung der vier Voraussetzungen des § 8a VwGVG kumulativ erforderlich.

III.3.1. Zunächst wird die Verfahrenshilfe daran angeknüpft, dass eine solche infolge Art. 6 EMRK bzw. Art. 47 GRC geboten ist, wobei dies anhand einer einzelfallbezogenen Beurteilung und Würdigung des Vorliegens eines ungehinderten effektiven Zugangs zu Gericht, der Komplexität des gelten Rechts und des anwendbaren Verfahrens sowie der Komplexität der zu beantwortenden Sach- und Rechtsfragen, der begründeten Erfolgsaussichten und der Bedeutung der Angelegenheit, bzw. des Rechtsstreits für den Antragsteller/die Antragstellerin zu erfolgen hat (vgl. VfGH 25.06.2015, G 7/2015; VwGH 03.09.2015, Ro 2015/21/0032; *Eder/Martschin/Schmid*, Das Verfahrensrecht der Verwaltungsgerichte² [2017] VwGVG § 8a K 5ff).

Das Landesverwaltungsgericht anerkennt, dass für den Antragsteller sein eingebrachter Antrag auf Gewährung von kostenlosem Rechtschutz für die Betreibung von Forderungen gegen Herrn F E subjektiv von Bedeutung ist. In objektiver Hinsicht ist dazu aber auszuführen, dass hier ein massiver Grundrechtseingriff zu verneinen ist. Angesichts der Tatsache, dass der Antragsteller gleichzeitig mit dem Antrag auf Gewährung von Verfahrenshilfe eine Beschwerde erhoben hat, die im Wesentlichen die Voraussetzungen im Sinne des § 9 VwGVG erfüllt, ist davon ausgehen, dass er seine Rechte auch ohne Rechtsbeistand vertreten kann.

Dem Antragsteller wird daher zugemutet, dass er sein Anliegen vorbringen und entsprechend erläutern kann. In diesem Zusammenhang ist auch darauf hinzuweisen, dass für das Verfahren vor dem Verwaltungsgericht kein Anwaltszwang besteht und dass auch das Gericht gemäß § 13a Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz (AVG) iVm § 17 VwGVG von Gesetzes wegen verpflichtet ist, den Personen, die nicht durch berufsmäßige Parteienvertreter vertreten sind, die zur Vornahme ihrer Verfahrenshandlungen nötigen Anleitungen zu geben. Darüber hinausgehendes Spezialwissen des Antragstellers, das aufgrund der Komplexität eine Verfahrenshilfe notwendig machen würde, ist im gegenständlichen Fall nicht erforderlich.

In Zusammenschau mit dem vor den Verwaltungsgerichten geltenden Amtswegigkeitsprinzp des § 39 Abs. 2 AVG (vgl. VwGH 28.04.2016, Ra 2015/07/0057; 26.06.2014, Ro 2014/03/0063), ergibt sich, dass die Beigabe eines Verfahrenshelfers für das Verfahren vor dem Landesverwaltungsgericht nur in Ausnahmefällen zu bewilligen ist (vgl. *Götzl/Gruber/Reisner/Winkler*, Das neue Verfahrensrecht der Verwaltungsgerichte² [2017] § 8a VwGVG, Rz 20 sowie VwGH 11.09.2019, Ro 2018/07/0008-3).

Eine unentgeltliche Beigabe eines Rechtsanwalts ist daher unter diesem Gesichtspunkt nicht gerechtfertigt, da ausreichend Mechanismen vorhanden sind, die dem Antragsteller einen uneingeschränkten Zugang zu seinem Recht auch ohne Verfahrenshilfe hinreichend gewährleisten. Er ist ohne Verfahrenshilfe gegenüber

einem anderen Beschwerdeführer, dem ein Rechtsanwalt beisteht, nicht schlechter gestellt (siehe auch VwGH 03.09.2015, Ro 2015/21/0032 mwN).

III.3.2. Für die Bewilligung der Verfahrenshilfe ist es zudem erforderlich, dass es durch die Kosten der Führung des Verfahrens zu einer Gefährdung des Unterhalts kommt. Nach § 8a Abs. 2 erster Satz VwGVG ist diese Voraussetzung (wie auch alle anderen Voraussetzungen) nach den Vorschriften der ZPO zu beurteilen. Als notwendiger Unterhalt ist gemäß § 63 Abs. 1 zweiter Satz ZPO jener Unterhalt anzusehen, den die Partei für sich und für ihre Familie, für deren Unterhalt sie zu sorgen hat, zu einer einfachen Lebensführung benötigt.

Der notwendige Unterhalt ist mehr als der notdürftige, aber weniger als der standesgemäße Unterhalt (OLG Linz AnwBl 2000, 759). Der notwendige Unterhalt liegt über dem Existenzminimum, darf aber dem standesgemäßen Unterhalt nicht erreichen (LG Wien EFSlg 79.159). Der maßgebliche der Partei verbleibende Geldbetrag muss dieser eine ihrer Bedürfnisse berücksichtigende bescheidene Lebensführung gestatten (*M. Bydlinski in Fasching/Konecny*[3] II/1 § 63 ZPO Rz 2; vgl. zum Ganzen auch VwGH 18.05.2016, Ra 2016/04/0041 mwN).

Nach dem festgestellten Sachverhalt bezieht der Antragsteller derzeit kein Einkommen und verfügt auch über kein verwertbares Vermögen. Für das gegenständliche Beschwerdeverfahren sind lediglich Kosten in Form der Eingabegebühr sowie im Falle der Durchführung einer mündlichen Verhandlung Kosten für die Anreise zu dieser zu erwarten. Darüber hinausgehende Kosten sind nicht zu erwarten.

III.3.3. Die Frage der Gewährung von Verfahrenshilfe ist nach der Lage des Falles zu bestimmen und kann diese – je nachdem – für das Verfahren zur Gänze oder zum Teil bewilligt werden (ErlRV 1255 BlgNR 25. GP 3; VwGH 11.09.2019, Ro 2018/08/0008-3).

Im Ergebnis liegt die Voraussetzung für die Gewährung von Verfahrenshilfe in dem Umfang vor, dass der Antragsteller einstweilig von den Stempelgebühren (z.B. Eingabegebühren) und allenfalls anfallenden Reisekosten (Anreise zur mündlichen Verhandlung) befreit wird, da der Antragsteller offenbar mittellos ist. Der darüber hinausgehende Antrag war im Ergebnis abzuweisen.

Im Übrigen wird der Antragsteller darauf hingewiesen, dass er lediglich Verfahrenshilfe im gegenständlichen verwaltungsgerichtlichen Verfahren beantragen kann.

Es war daher spruchgemäß zu entscheiden.

IV. Unzulässigkeit der ordentlichen Revision:

Die ordentliche Revision ist unzulässig, da keine Rechtsfrage im Sinne des Art. 133 Abs. 4 B-VG zu beurteilen war, der grundsätzliche Bedeutung zukommt. Weder weicht die gegenständliche Entscheidung von der bisherigen Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes ab, noch fehlt es an einer Rechtsprechung. Weiters ist die dazu vorliegende Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes auch nicht als uneinheitlich zu beurteilen. Es liegen auch keine sonstigen Hinweise auf eine grundsätzliche Bedeutung der zu lösenden Rechtsfrage vor.

Darüber hinaus hängt die Gewährung von Verfahrenshilfe stets von den konkreten persönlichen Umständen einer Person ab, insbesondere von den Einkommens- und Vermögensverhältnissen sowie auch von den sonstigen Fähigkeiten einer Person, ihre Interessen vor Gericht selbst wahrzunehmen; weiters vom konkreten, beschwerderelevanten Sachverhalt. Bei der Gewährung von Verfahrenshilfe handelt es sich daher stets um eine einzelfallbezogene und nicht verallgemeinerungsfähige Beurteilung eines konkreten Sachverhaltes (siehe auch VwGH 07.12.2017, Ra 2017/02/0253).

R e c h t s m i t t e l b e l e h r u n g

Gegen diese Entscheidung besteht innerhalb von sechs Wochen ab dem Tag der Zustellung die Möglichkeit der Erhebung einer Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof und/oder einer außerordentlichen Revision beim Verwaltungsgerichtshof. Eine Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof ist unmittelbar bei diesem einzubringen, eine Revision an den Verwaltungsgerichtshof beim Landesverwaltungsgericht Oberösterreich. Die Abfassung und die Einbringung einer Beschwerde bzw. einer Revision müssen durch einen bevollmächtigten Rechtsanwalt bzw. eine bevollmächtigte Rechtsanwältin erfolgen. Für die Beschwerde bzw. Revision ist eine Eingabengebühr von je 240 Euro zu entrichten. Sie haben die Möglichkeit, auf die Revision beim Verwaltungsgerichtshof und die Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof zu verzichten. Ein solcher Verzicht hat zur Folge, dass eine Revision an den Verwaltungsgerichtshof und eine Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof nicht mehr erhoben werden kann. Ein Verzicht ist schriftlich bekanntzugeben oder zu Protokoll zu erklären. Wurde der Verzicht nicht von einem berufsmäßigen Parteienvertreter oder im Beisein eines solchen abgegeben, so kann er binnen drei Tagen schriftlich oder zur Niederschrift widerrufen werden.

H i n w e i s

Verfahrenshilfe ist einer Partei zur Gänze oder zum Teil zu bewilligen, wenn die Partei außerstande ist, die Kosten der Führung des Verfahrens ohne Beeinträchtigung des notwendigen Unterhalts zu bestreiten und die beabsichtigte Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung nicht als offenbar mutwillig oder aussichtslos erscheint.
Einer juristischen Person oder einem sonstigen parteifähigen Gebilde ist die Verfahrenshilfe zu bewilligen, wenn die zur Führung des Verfahrens erforderlichen Mittel weder von ihr/ihm noch von den an der Führung des Verfahrens wirtschaftlich Beteiligten aufgebracht werden können, und die beabsichtigte Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung nicht als offenbar mutwillig oder aussichtslos erscheint; das Gleiche gilt für ein behördlich bestelltes Organ oder einen gesetzlichen Vertreter, die für eine Vermögensmasse auftreten, wenn die zur Führung des Verfahrens erforderlichen Mittel weder aus der Vermögensmasse noch von den an der Führung des Verfahrens wirtschaftlich Beteiligten aufgebracht werden können.

Für das Beschwerdeverfahren ist ein Antrag auf Verfahrenshilfe innerhalb der Rechtsmittelfrist beim Verfassungsgerichtshof einzubringen.

Für das Revisionsverfahren ist ein Antrag auf Verfahrenshilfe innerhalb der Rechtsmittelfrist beim Verwaltungsgerichtshof einzubringen. Im Antrag ist, soweit zumutbar, kurz zu begründen, warum die Revision entgegen dem Ausspruch des Verwaltungsgerichtes für zulässig erachtet wird.

Landesverwaltungsgericht Oberösterreich

Mag. Zauner